

Multikulturelle Sozialarbeiter mit Spezialbewaffnung

Das Profil der Neuen Streitkräfte

Wilfried von Bredow

Alle Rechte an dem vorliegenden Text liegen bei den Verfassern. Er darf für den privaten Gebrauch kopiert werden. Die Weiterveröffentlichung ist nur mit der Erlaubnis der Verfasser zulässig. In diesem Fall wenden Sie sich bitte an:

Herrn Prof. Dr. Wilfried von Bredow
Institut für Politikwissenschaft
Philipps-Universität
35032 Marburg
wvb@mail.uni-marburg.de

Auch im Jahrzehnt nach dem Ende des Ost-West-Konflikts blieb die Weltpolitik gekennzeichnet durch Einsätze organisierter Gewalt zur Durchsetzung politisch definierter Interessen und durch eine Vielzahl lokaler und regionaler Kriege. Dass sich die allermeisten davon nicht zwischen, sondern innerhalb von Staaten abspielten und dass es neben den typischen Kriegszonen der Welt auch kontinent-weite Zonen des Friedens gibt, Nordamerika etwa und Europa mit Ausnahme des Balkans, deutet auf tief verwurzelte Asymmetrien in der sicherheitspolitischen Globalisierung hin.

Beides, sicherheitspolitische Globalisierung und die innere Ungleichzeitigkeit dieses Vorgangs, hat erhebliche Auswirkungen auf das Profil der Streitkräfte der westlichen Länder. Denn weil auch lokale Konflikte auf fernen Kontinenten sehr rasch mittelbare und unmittelbare Auswirkungen auf den Weltfrieden und die heimische Sicherheitslage haben können, steigt das Interesse der internationalen Staatengemeinschaft an der Eindämmung, besser noch an der Prävention dieser Konflikte. Dabei spielen Streitkräfte, allerdings gemeinsam mit zivilen staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen, eine wichtige Rolle. Ihre Friedensmissionen umfassen ein breites Spektrum von Handlungen; nur ein Teil davon hat mit Kampf und direktem Gewalteininsatz zu tun. Aber auch dazu kann es kommen, wobei die Führungs- und Waffensysteme, die dabei verwendet werden, eine Mixtur von hoch-moderner Technologie und traditionellen, ja zuweilen vor-modernen Kampfinstrumenten darstellt.

Um den Herausforderungen der ungleichzeitigen Globalisierung zu begehen, müssen sich die Streitkräfte der westlichen Länder grundlegend verändern. Diese Veränderungen gehen so weit und tief, dass man von einem ganz neuen sich langsam herauskristallisierenden Typus sprechen muss, von Neuen Streitkräften.

Merkmale der Neuen Streitkräfte

Es sind vor allem drei charakteristische Merkmale, die die Neuen Streitkräfte kennzeichnen. Man kann das am Beispiel der Bundeswehr am raschesten verdeutlichen.

- Nach ihrer Gründung wurde die Bundeswehr dazu gebraucht, im Bündnis mit den anderen NATO-Staaten die Streitkräfte des Warschauer Paktes von

einem Angriff abzuschrecken oder, für den Verfall des Versagens der Abschreckung, den Angriff auf das eigene Territorium abzuwehren. Der Erfolg der Streitkräfte maß sich an der Haltbarkeit der Abschreckung und, wenn auch zum Glück nur virtuell, am Sieg über den Aggressor. Diese Konstellation hat sich verändert: Durch die politischen Ziele der Friedensbewahrung und –wiederherstellung werden die Streitkräfte zu Deeskalations-Streitkräften, welche die Wiederherstellung von alltäglicher Ordnung und friedlichen Beziehungen zwischen miteinander verfeindeten lokalen Gruppen zum Ziel haben.

- In Kontext der Europäischen Union sowieso, aber ohne solche längerfristige Integrationsabsicht auch weltweit werden die bislang streng auf rein nationale Loyalität hin ausgerichteten Streitkräfte in zunehmendem Maße zu multinational operierenden Organisationen.
- Die bis jetzt einigermaßen klare Trennlinie zwischen dem Militär und zivilen Organisationen wird mehr und mehr durchlöchert. Zugleich vergrößert sich die soziale Distanz zwischen Streitkräften und Zivilgesellschaft.

Deeskalations-Streitkräfte

Die Veränderungen der Weltlage nach 1990 haben es mit sich gebracht, dass die Streitkräfte westlicher Staaten eine wichtige Aufgabe in politischen Konfliktsituationen außerhalb des eigenen Territoriums übernehmen müssen. Dabei geht es gerade nicht um die Intensivierung des Krieges bis hin zum angestrebten Sieg der eigenen Seite, vielmehr umgekehrt um die präventive oder akute Deeskalation von Konflikten, die lokalen oder regionalen Ursprungs sind, indes entweder durch die in ihnen zum Ausdruck kommende Gewalt (ethnische Säuberungen, Völkermord) oder wegen der antizipierbaren Übersprung-Effekte in andere Regionen zu einer Gefahr für die internationale Ordnung zu werden drohen.

Für diese Aufgaben werden Begriffe wie Friedensmission, humanitäre Intervention, der NATO-Ausdruck *peace support operations* oder der amerikanische Terminus *military operations other than war* benutzt. Da es immer um das Herabstufen der Konfliktintensität vor Ort geht, erscheint die Bezeichnung Deeskalations-Streitkräfte besonders aussagekräftig.

Schon eine kurze Übersicht über die sich aus solchen Deeskalations-Aufgaben ergebenden Aufgaben für die Streitkräfte macht deutlich, wie tiefgreifend ihr Selbstverständnis und ihre Organisationsform sich gegenüber dem althergebrachten Format verändern müssen:

- De-Eskalations-Streitkräfte fechten nicht um den Sieg mit einem Gegner, vielmehr ist ihr Wirken auf dem Kriegsschauplatz darauf gerichtet, die Gewalt zwischen den verfeindeten Parteien einzudämmen.
- Hauptgrund für ihren Kampfeinsatz ist nicht die Bedrohung des eigenen Landes, vielmehr die Bedrohung der Zivilbevölkerung in einem anderen Land und die Bedrohung des Weltfriedens.

- Schutz der Bevölkerung, Überwachung der Hilfsmaßnahmen und ggf. ansatzweise der Wiederaufbau von menschenwürdigen Ordnungsstrukturen werden zu vorrangigen Einsatzziele.
- Ihr Einsatz findet unter dem Vorzeichen vielfältiger Kooperation statt: mit Streitkräften anderer Länder (Friedensmissionen sind *immer* multinational zusammengesetzt), mit humanitären und anderen Nicht-regierungsorganisationen, mit Repräsentanten der Konfliktparteien vor Ort, aber auch mit den nationalen und internationalen Medien.

Dieser Gebrauch von Streitkräften verlangt den Soldaten nicht nur eine Menge neuer Fähigkeiten ab, die im Kasernen-Alltag antrainiert werden müssen. Deeskalations-Einsätze stehen darüber hinaus auch quer zu dem bisherigen Selbstverständnis des Staatsbürgers in Uniform, für den der „eigene“ Staat über Eid und Gelöbnis den obersten Bezugspunkt der individuellen und kollektiven Loyalität darstellt. Das „eigene“ Land (allenfalls noch die Allianz, in die es sich eingebunden hatte) war die Instanz, die von den Soldaten den Einsatz des eigenen Lebens zu verlangen legitimiert war. Die Soldaten in den Neuen Streitkräften kämpfen, unter Umständen mit dem gleichen Einsatz, in Konflikten, bei denen ihr Land gerade *nicht* politische Interessen-Partei im herkömmlichen Sinne ist.

Multinationale Streitkräfte

Militärische Aktionen im Rahmen von Friedensmissionen sind immer multinational zusammengesetzt, weil ihnen sonst die spezifische Legitimation der internationalen Staatengemeinschaft fehlen würde. Der vielgerühmte *Report of the Panel on United Nations Peace Operations* („Brahimi-Report“) vom August 2000 thematisiert diesen Aspekt schon gar nicht mehr, weil er innerhalb des Systems der Vereinten Nationen ganz und gar selbstverständlich ist. Aber auch bei Friedensmissionen regionaler Organisationen gilt der Grundsatz der Multinationalität ohne jegliche Ausnahme.

Er hat, das kann man sich unschwer ausmalen, enorme Auswirkungen auf die Organisation der Streitkräfte. Unterschiedliche militärische Kulturen müssen miteinander vereinbar gemacht werden; die Kommunikation in unterschiedlichen Sprachen muss eingeübt werden. Und all das für ein operatives Umfeld, das den allermeisten Kontingenten multinationaler Streitkräfte in jeder Hinsicht fremd ist.

Eine Sonderentwicklung multinationaler Streitkräfte-Integration findet in Europa statt. Die Regierungskonferenzen von Maastricht und Amsterdam haben signalisiert, dass die EU mehr Gewicht auf die Ausbildung einer Europäischen Sicherheitsidentität zu legen gewillt ist. Der Begriff der Identität, seit ein paar Jahren ohnehin in vielfachen und ganz unterschiedlichen Bezügen verwendet, ist allerdings nicht gerade eindeutig. Die sicherheitspolitischen Prioritäten und Präferenzen der EU-Mitgliedsstaaten sollen harmonisiert und vereinheitlicht werden, was auch organisatorische Konsequenzen für die Streitkräfte dieser Staaten einschließt. Aber dies soll, wenn alles gut läuft, nur bis zu dem Punkt vorangetrieben werden, an dem eine größere Eigenständigkeit, Selbstverantwortung und Handlungsfreiheit der Europäer erreicht sind, ohne die enge Sicherheits-Kooperation mit den USA im Rahmen

der NATO zu gefährden. Auch die NATO selbst hat sich in den letzten Jahren in Richtung auf mehr Multinationalität weiterentwickelt. Im Fall der EU wird allerdings ein wenn auch nur vage umschriebenes, aber deutlich höhere Integrationsdichte aufweisendes Modell militärischer Multinationalität angestrebt.

Dies spiegelt sich in der schrittweisen Aufwertung der WEU als der militärischen Organisation der EU. Der große Durchbruch zu multinationalen europäischen Streitkräften als einer einheitlichen Organisation lässt zwar noch auf sich warten. Dennoch kann man in den neunziger Jahren beobachten, wie die europäische Sicherheits- und Militärpolitik multinationaler wird, angefangen von der Aufgabenzuweisung auf dem Treffen der Außen- und Verteidigungsminister der WEU auf dem Petersberg bei Bonn im Juni 1992 über die Stärkung der Rüstungskoooperation zwischen den europäischen Staaten und die Unterhaltung einer Satelliten-Bodenstation in Torrejon (Spanien) bis hin zur auf dem Kölner EU-Gipfel im Juni 1999 beschlossenen Weiterentwicklung effektiver Militärkapazitäten auf der Basis bestehender nationaler, binationaler und multinationaler Verbände sowie dem Beschluss auf dem Helsinki-Gipfel im Dezember 1999 zum Aufbau einer Schnellen Eingreiftruppe. Danach soll spätestens im Jahr 2003 eine Schnelle Eingreiftruppe der Europäischen Union aufgestellt und einsatzbereit sein, die aus 50.000 bis 60.000 Soldaten bestehen wird. Diese Truppe soll binnen 60 Tagen in ein Krisengebiet verlegt werden können und dort militärisch in jeder Beziehung unabhängig von den Vereinigten Staaten und der NATO sein. Die europäischen Streitkräfte werden aus Einheiten und Verbänden der 15 Mitgliedsstaaten der EU bestehen. Sie sollen organisatorisch so miteinander verflochten werden, dass sie unter gemeinsamem europäischem Kommando operieren können.

Nähe und Distanz zur zivilen Gesellschaft

In fast allen westlichen Demokratien haben zivilgesellschaftliche Entwicklungen und Werteverstärkungen mit mal größerer, mal kürzerer Verzögerung auch Eingang in die Streitkräfte gefunden. Das am deutlichsten sichtbare Phänomen ist etwa die langsame und oft nur widerwillig vorgenommene, aber nicht aufhaltbare Öffnung der Streitkräfte für Frauen. Dies geschah nicht aus einem militärischen Imperativ heraus, vielmehr als Reflex auf den gesellschaftlichen Wandel. Entsprechendes gilt für Homosexuelle, deren Existenz in den Streitkräften früher als Tabu-Thema galt und die nun dabei sind, sich ihre Sichtbarkeit und Gleichberechtigung in der zivilen Gesellschaft und in den Streitkräften zu Erstreiten.

Auch werden viele militärische Normen und Gebräuche, die unbefragt überliefert worden sind, heutzutage von außen und von innen in Frage gestellt. Das reicht von den alltäglichen Arbeitsbedingungen in den weniger denn je mit dem Konzept einer „totalen Institution“ angemessen beschriebenen Streitkräften bis zum Zurückfahren von traditionellen militärischen Selbstdarstellungen in der Öffentlichkeit, welche von dieser indifferent bis feindlich wahrgenommen werden (Vereidigung, Zapfenstreich). Wenn es auch im zuletzt aufgezählten Fall paradox klingt – dies alles zusammengenommen kann als Illustration für die These einer größeren Nähe von Zivilgesellschaft

und Streitkräften in diesen Ländern gelten. In den meisten westlichen Ländern hat die Anpassung der Streitkräfte an die zivile Gesellschaft zugenommen.

Das ist aber nur die eine Seite der Medaille. Denn es gilt auch die Gegenthese - in fast allen westlichen Demokratien verbreitert sich langsam eine Kluft zwischen der zivilen Gesellschaft und dem Militär. Das ist noch kein dramatischer Prozess und unter den gegebenen politischen Bedingungen z. B. kein Anlass, über ein Scheitern demokratischer Kontrolle der Streitkräfte besorgt zu sein. Die Entfernungsdynamik geht im Übrigen weniger von den Streitkräften aus als von der zivilen Gesellschaft. So verlieren etwa jene Gesellschaften, in welchen bis vor kurzem noch die Wehrpflicht galt, mit dem Übergang zu einer Freiwilligen- und Berufsarmee ein solides institutionelles Verbindungsglied zwischen den Streitkräften und der zivilen Gesellschaft.

In den Vereinigten Staaten, wo die Wehrpflicht bereits vor einer Generation abgeschafft wurde, ist dieses Problem seit ein paar Jahren deutlich erkannt worden, seine Symptome werden –kontrovers- diskutiert; aber greifbare Lösungen haben sich bisher nicht angeboten. In den post-kommunistischen Transformationsgesellschaften Europas, die sich lieber heute als morgen zur Gruppe der westlichen Länder hinzurechnen wollen, bilden ist das Verhalten der Streitkräfte in der Regel sehr niedrig und Mechanismen und Institutionen demokratischer Kontrolle der Streitkräfte können nur mühselig entwickelt werden.

In den meisten westeuropäischen Ländern wird diese Entwicklung von den fast überall hohen öffentlichen Zustimmungsraten zu den Streitkräften verdeckt. Das liegt in der Hauptsache an drei Gründen:

- Das Ende des Ost-West-Konflikts und der mit der nuklearen Konfrontation verbundenen Bedrohung hat zunächst einmal eine große Erleichterung bewirkt. Zugleich war damit allerdings auch die Erwartung einer drastischen Reduzierung der Streitkräfte und der Ausgaben für ihren Unterhalt verbunden. Während die einen, vom Ausbleiben der „Friedens-Dividende“ enttäuscht, ihre anti-militärische Kritik verstärkt haben, sind andere mit den neuen Aufgaben der Streitkräfte im Kontext von Friedensmissionen im Prinzip einverstanden, ja fordern sogar ihren Einsatz, wenn die Medienberichte von bestimmten Konflikt-Schauplätzen ein Übermaß an schaurigen Bildern liefern.
- Damit einher geht die Erleichterung darüber, dass diese neuen militärischen Missionen offenbar Angelegenheiten sind, die man an Spezialisten delegieren kann und muss. Wie diese damit fertig werden, ist dann ihre Sache. Je nach über die Medien vermitteltem Eindruck von deren Erfolg oder Misserfolg bei der Friedensmission drückt man dann den Streitkräften seine Hochachtung oder Missbilligung aus.
- Schließlich wird die wachsende Distanz zwischen ziviler Gesellschaft und den Streitkräften dadurch teils verdeckt, teils auch sogar wieder enger gemacht, dass die Missionen der Konflikt-Deeskalation in der zivilen Gesellschaft sehr populär sind, so dass, jedenfalls für eine gewisse Zeit, bei Einsätzen eine Art Pseudo-Nähe zwischen der Fernseh-Öffentlichkeit und den Streitkräften entsteht. Der Zeit- und der Erfolgsfaktor spielen allerdings bei der Aufrechterhaltung dieser Pseudo-Nähe eine große Rolle. Die Streitkräfte

ihrerseits sind bei ihren Deeskalations-Einsätzen gehalten, mit zivilen Agenturen vor Ort, vor allem auch mit den internationalen Hilfsorganisationen zusammenzuarbeiten und Arbeiten zu übernehmen, die durchaus einen zivilen Charakter haben, z. B. Mithilfe bei der Rekonstruktion zerstörter Infrastruktur oder Häuser. Die neuen Missionen scheinen die Streitkräfte sozusagen zivil einzufärben, sie zu Sozialarbeitern mit Spezialbewaffnung zu machen.

Konsequenzen für die Streitkräfte

Die in das Blickfeld genommenen Schlüsselkomponenten der Ausbildung von Neuen Streitkräften lassen sich unschwer übertragen in Aussagen über gegenwärtige und künftige Entwicklungsschübe westlicher Streitkräfte (und solcher, die sich an diesem Modell ausrichten). Es lassen sich folgende wichtige Trends erkennen:

- Der Umfang der Streitkräfte hat bereits fast überall stark abgenommen; dieser Trend wird sich in Zukunft, wenn auch nicht mehr so dynamisch wie im vergangenen Jahrzehnt, fortsetzen.
- Eine nicht unbeträchtliche Zahl von inner-militärischen Service-Leistungen werden nicht mehr von Angehörigen der Streitkräfte erbracht, vielmehr von zivilen Anbietern. *Outsourcing* und Privatisierung werden auch unter Budget-Gesichtspunkten immer wichtiger.
- Mit großer Dynamik werden sich alle unter dem (etwas missverständlichen) Begriff der *Revolution in Military Affairs* (RMA) zusammengefassten Prozesse fortsetzen, d. h. die Neuen Streitkräfte werden in einem bisher kaum vorstellbaren Maße über ihre Technologie definiert. Dies ist auch dann richtig, wenn man den von Propagandisten der RMA gemachten Versprechungen eines künftigen „sauberen Krieges“ skeptisch gegenübersteht.
- Anstelle größerer, in sich gleichförmiger militärischer Verbände werden immer häufiger gemischte Truppen-Module treten, die auf die jeweiligen Einsätze zugeschnitten werden. Dabei wird die Fähigkeit zur Interoperabilität (auf den Ebenen der Waffengattungen, der Truppengattungen und verschiedener Nationen, aber auch zwischen militärischen und zivilen Experten) als Zielwert immer wichtiger.
- Die militärische Hierarchie wird flacher. Zugleich steigt der Bedarf nach gründlicher akademischer Ausbildung für Offiziere und Fachhochschul-Ausbildung für Unteroffiziere.
- Zur Integration der sehr unterschiedlichen und sich weiter diversifizierenden Anforderungen an militärische Spezialisten werden die Streitkräfte einen Neo-Professionalismus ausbilden, der überlieferte (oft auch folklorisierte) militärische Traditionen mit einem neuen Elitebewusstsein verknüpft.

Alle diese Veränderungen ergeben in ihrer Summe kein völlig eindeutiges Bild. Im Übrigen bleiben ja auch die Umfanggröße und die Qualität der rüstungstechnologischen Ausstattungen von Streitkräften verschieden. Dennoch lässt sich mit großer Sicherheit festhalten: Das organisatorische Profil der Streitkräfte und das Bild des Soldaten in den Streitkräften der

westlichen Länder wird sich weiterhin in schnellem Tempo verändern. Die militärischen Reformen haben gerade erst begonnen.